

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 15. Dezember 1950

Nummer 51

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die jugoslawische Ernährungslage

Die Versorgung

Jugoslawien steht nach der diesjährigen Ernte vor einer großen Lebensmittelknappheit. Die Brotration ist um 10 vH gekürzt worden. Der bereits im Frühjahr wieder eingeführte Maismehlzusatz zum Weizenbrotmehl, das seit langem für die einheimische Bevölkerung zu 98 vH ausgemahlen wird, wurde vergrößert. An Fleisch, das schon im Frühjahr als Ration nur teilweise erhältlich war, besteht ein fühlbarer Mangel, nachdem sich die Versorgung kurze Zeit infolge der übermäßigen Notschlachtungen gebessert hatte. Die Regierung hat einen Teil der Privilegien für bestimmte Personenkreise aufgehoben: Das betrifft nicht nur die Rationshöhe, sondern auch die bevorzugte Belieferung aus besonderen Läden und Versorgungsbetrieben. Allerdings wurde damit die dort übliche Einteilung in 15 bis 20 Verpflegungsklassen grundsätzlich nicht aufgegeben. Der nach der deutschen Besatzungszeit verschwundene Schwarze Markt, auf dem durch den Verkauf getragener Kleidungsstücke an die Bauern Gelder für den Erwerb zusätzlicher Lebensmittel beschafft wurden, ist wieder aufgetaucht. Die Lebensmittelpreise auf den freien, zur Rationsergänzung notwendigen Märkten, die sich schon im Sommer bis zu 100 vH über den Vorjahrsstand erhöht hatten, sind weiter im Steigen.

Die gegenwärtige Lage ist im wesentlichen durch die sommerliche Dürre verursacht worden, die das ganze Donaubecken, also auch Ungarn, Bulgarien und Rumänien, betroffen und auch in Ungarn und Rumänien zu einer Lebensmittelknappheit geführt hat. Darüber hinaus gibt es aber noch andere Faktoren, die für die schwierigen Verhältnisse verantwortlich zu machen sind. Es sind dies die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung.

Die Kollektivierung

Der 1947 angelaufene Fünf-Jahresplan sieht eine Überführung von 50 vH der landwirtschaftlichen Fläche in Kollektivwirtschaften vor. Um die Kollektivierung zu fördern — im Frühjahr 1949 wurden erst 20 vH der Ackerfläche von Kollektiven bebaut —, hatte man besonders im Jahre 1949 einen starken Druck in erster Linie auf die Großbauern ausgeübt: Sie erhielten keine Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel, keinen

Impfstoff für das Vieh, keine tierärztliche Beratung u. a. m. Man belastete sie mit Abgabeverpflichtungen, die bis zu 100 vH über dem Ernteertrag lagen, mit willkürlichen Viehbeschlagnahmen und hohen Steuern, um sie aus wirtschaftlichen Gründen zum Eintritt in die Kolchose zu bewegen. Die Rückwirkungen auf die Erzeugung blieben nicht aus: Die Bauern verkleinerten die Aussaatflächen von 7,3 Mill. ha 1947/48 auf 6,8 Mill. ha 1948/49. Im Jahre 1949/50 fand eine weitere Einschränkung der Aussaatflächen statt, die sich zahlenmäßig noch nicht belegen läßt. Sie schränkten auch den Viehbestand auf das Notwendigste ein. Die Kollektivwirtschaften litten trotz der Bevorzugung unter Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen, um die großen Flächen zu bestellen, Mangel an erfahrenen Kräften und Mangel in der Versorgung mit Konsumgütern, obwohl ihnen auf diesem Gebiete besondere Versprechungen gemacht worden waren. Auch bei den 430 000 ha Fläche umfassenden Staatsgütern, die aus Großgrundbesitz entstanden waren, ging die Erzeugung zurück, weil die früheren Pächter enttäuscht waren, daß sie nicht selbst das Land erhalten hatten. Schon im Frühjahr 1950 war daher die Ernährungslage angespannt, und als die Vorräte aus der 1949er Ernte im Mai zu Ende gingen, kam es verschiedentlich, wie in Bosnien und Kroatien, zu Unruhen. Die Regierung ordnete daher für die Ernte 1950 eine größere Rücksichtnahme auf die privaten Bauern an. Überhöhte Ablieferungspflichtungen sollten revidiert werden und die scharfe Diskriminierung unterbleiben. Doch scheinen diese Anordnungen nicht befolgt worden zu sein. Das häufig noch zu hohe örtliche Ablieferungssoll bedeutete eine Überforderung der Bauern. Als sich die Auswirkungen der Dürre bemerkbar machten, mußten die Ablieferungsmengen, um die erneute Unruhe unter der Landbevölkerung zu beschwichtigen, noch stärker herabgesetzt werden. Die Herabsetzung betrug in den am stärksten betroffenen Gebieten Bosnien, Herzogewina und Montenegro 88 bis 90 vH, in dem weniger betroffenen Slowenien 30 vH, insgesamt etwa 40 bis 50 vH (im einzelnen bei Mais 57 vH, Weizen 17 vH). Der Ausfall betrifft vor allem Mais, Weizen, Gerste, Kartoffeln und Zuckerrüben. Die fehlende Maismenge wird auf 2 Mill. t, d. s. 50 vH des Bedarfs, die fehlende

Weizenmenge auf 0,5 Mill. t, d. s. 20 vH des Bedarfs, geschätzt. Bei Kartoffeln, Kohl, Zwiebeln und Bohnen soll die Fehlmenge 280 000 t betragen. Die Saatgutversorgung ist noch ungeklärt. Da die Heuernte nur 50 vH des Durchschnittsertrages ergab, ließ sich auch der Viehbestand nicht halten. Es wurde daher angeordnet, daß schon jetzt Ablieferungen auf das „Soll“ von 1951 getätigt werden können. Man hat Mühe, mit Radioaufrufen und anderen Mitteln wenigstens das Zuchtvieh vor der jetzt überall stattfindenden Abschachtung zu bewahren. Das als Folge des verringerten Viehbestandes entstandene Fettdefizit wird mit 46 000 t angegeben.

Die Industrialisierung

Die Industrialisierung und damit zusammenhängend die Auswirkungen der Kominform-Blockade sind der andere Faktor, der für die Ernährungssorgen Jugoslawiens mitverantwortlich ist. Der seit 1947 laufende Fünf-Jahresplan sieht die Umwandlung des Agrarlandes in ein Industrieland in kürzester Frist und ohne fremde Kapitalhilfe vor¹⁾. Der Plan hatte ursprünglich umfangreiche Lieferungen der Ostblockstaaten vorgesehen. Ihr Ausfall zwang zu erheblichen Umdispositionen, insbesondere zu einer verstärkten Einfuhr aus dem Westen.

Jede Industrialisierung erfordert Investitionskapital, das entweder durch freiwilliges Sparen oder durch „Zwangssparen“ über erhöhte Preise in den Staatsläden aufgebracht werden muß oder sich in der Hand des Staates durch entsprechend hohe Steuereinnahmen und innere Anleihen bildet. Der Jugoslawische Staat hat sich, wie überall, wo nach sowjetischem Muster industrialisiert wurde, das Kapital sowohl über den Steuerweg wie auch über ein doppeltes Preisniveau beschafft, das ihm ermöglichte, aus der Unterversorgung der Bevölkerung Gewinn zu ziehen. Diese Kapitalien wurden ausschließlich für den Aufbau einer Schwerindustrie verwandt, deren Erzeugnisse zum erheblichen Teil weder auf dem Weltmarkt noch auf dem Binnenmarkt gegenüber ausländischen Erzeugnissen konkurrenzfähig waren. Die Versorgung mit Verbrauchsgütern ist darüber bewußt vernachlässigt worden, so daß ein erster Mangel an Gütern des täglichen Gebrauchs, wie Knöpfen, Nadeln, Scheren u. a. m., eingetreten ist. Auch aus dem Ausland wurden bisher nur Investitionsgüter und Rohstoffe für die Industrie eingeführt.

Diese Investitionspolitik war von ungünstigem Einfluß auf die Ernährungslage. Die gleichzeitige Durchführung von Industrialisierung und Kollektivierung in Jugoslawien mußte die Landwirtschaft, die nicht nur finanziell, sondern auch durch Abgabe von Arbeitskräften den größten Beitrag zur Industrialisierung leistete, besonders stark treffen und zu starken Ertragsrückgängen führen. Bei dem Mangel an den unentbehrlichen Verbrauchsgütern für den Bauern fehlt jeder Anreiz, mehr als das Notwendigste zu erzeugen. Daran können auch die übernormal gestiegenen Preise für freie Lebensmittel nichts ändern. Der Bauer muß ja immer damit rechnen, daß ihm durch eine entsprechende Handhabung der Ablieferungsmethoden seine „freien Spitzen“ ge-

nommen werden. Der kürzlich mit Italien geschlossene Handelsvertrag zeigt, daß die jugoslawische Regierung diesen Zusammenhang erkannt hat, denn sie erklärte sich zur Einfuhr italienischer Verbrauchsgüter unter dem Gesichtspunkt bereit, „daß damit die landwirtschaftliche Erzeugung stimuliert würde“¹⁾.

Freie Preise in Jugoslawien
(Spätsommer 1950)

Lebensmittel	Einheit	Dinar	Konsumgüter	Einheit	Dinar
Mehl (Weizen)	kg	140—160	Eßlöffel.....	St.	520
Zucker	„	500	Männerhemd..	„	725—1000
Kaffee.....	„	1700—2000	Frauenschuhe..	P.	1950—2880
Oel.....	l	650—700	Decke	St.	2880
Milch.....	„	40—50	Männerseweter	„	1895
Schafkäse.....	kg	320			
Schweinefleisch	„	500			
Eier.....	St.	18—20			

Zum Vergleich:					
3 Mahlzeiten täglich in staatl. „Volksgaststätten“ bzw. Kantinen					
			monatlich	1000 - 1500	Dinar
Durchschn. Monatslohn eines Arbeiters				3000 - 4000	„
„	„	„	Facharbeiters	4000 - 6500	„
„	„	„	Hochschullehrers	6000 - 8000	„
„	„	„	Ingenieurs	6000-10000	„

Der starke Rückgang des landwirtschaftlichen Ertrages stellt die Regierung vor die Entscheidung, ob der Export von Getreide als Gegenleistung für den Import von Investitionsgütern und Rohstoffen zur Erfüllung des Planes oder die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung den Vorrang genießen soll. Bisher wurde diese Entscheidung zugunsten des Exportes gefällt. Bei angespannter innerer Ernährungslage wurden z. B. im ersten Halbjahr 1950 nach Westdeutschland 45 000 t Mais, nach Großbritannien mindestens 50 000 t (die vertragliche jährliche Verpflichtung beträgt 150 000 t) exportiert, ungeachtet der Exporte in andere Länder. Erst die gegenwärtige Ernährungskrise führte zur Einstellung aller Getreideexporte. Die Anfrage der jugoslawischen Regierung in USA, ob Dollarbeträge, die für den Rohstoffeinkauf vorgesehen und bereitgestellt waren, für Lebensmitteleinfuhren verwandt werden dürften, läßt den ganzen Ernst der Ernährungslage in Jugoslawien erkennen.

Die Hilfsmaßnahmen des Auslandes

Die Blockade der Kominformländer und die für die Industrialisierung benötigten umfangreichen Einfuhren hatten Jugoslawien wegen seiner unzureichenden eigenen Lieferfähigkeit schon in den letzten Jahren zur Aufnahme von Anleihen und langfristigen Krediten im Ausland gezwungen. Die landwirtschaftliche Versorgungslücke, die Einfuhren im Werte von insgesamt 105 Mill. \$ (davon etwa 30 Mill. \$ für die fehlenden 0,5 Mill. t Weizen und 60 Mill. \$ für 1,5 Mill. t Mais) notwendig macht, nötigte die Regierung dazu, neue Kredite sowohl bei den USA als auch bei der Weltbank nachzusuchen; denn die für Jugoslawien verfügbaren \$-Beträge werden 20 Mill. \$ — in denen die im August aufgenommene Anleihe der Export-Import-Bank (USA) mit 15 Mill. \$ enthalten ist — gegenwärtig nicht überschreiten. Die von den USA unter dem Namen des „stop-gap“-Programms eingeleiteten Hilfsmaßnahmen (Freigabe von 2 Mill. \$ aus der

¹⁾ Die im Rahmen des 5-Jahresplanes vorgesehenen Investitionen betragen 278300 Mill. Din. (= 5566 Mill. \$), davon sind 7 vH (19400 Mill. Din. = 388 Mill. \$) für Investitionen in der Landwirtschaft und 67 vH für Investitionen in der Industrie vorgesehen.

²⁾ Der italienische Außenhandelsminister Lombardo über seine Verhandlungen mit Tito.

letzten von den USA an Jugoslawien für Rohstoffeinkäufe gewährten Anleihe zum Ankauf von Lebensmitteln aus den Überschußländern des Landwirtschaftsministeriums) haben inzwischen eine vertragliche Grundlage erhalten. Jugoslawien verpflichtet sich zur Fortsetzung der Lieferung strategischer Rohstoffe und stellt Mittel zur Finanzierung von Kontrollkommissionen zur Verfügung, welche die Verteilung der Hilfe überwachen sollen. Die Lebensmittellieferungen, die insgesamt den Betrag von 105 Mill. \$ erreichen werden, sollen auch der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft (d. h. der Armee) dienen und gestatten auf diese Weise auch die Verwendung von Mitteln aus dem Atlantikpaktverteidigungsfonds für diesen Zweck. Mittel aus der Marshallplanhilfe kann Jugoslawien als Nichtteilnehmerland nur indirekt erhalten, wie das in Form der Mehllieferungen von Deutschland und Italien geschieht. Die hierfür verauslagten Beträge werden durch Weizenlieferungen aus Marshallplanmitteln

an diese Länder wieder ausgeglichen. Auf diesem Wege wird die Verwendung von etwa 30 bis 40 Mill. \$ des „stop-gap“-Programms ohne Sonderbewilligung des Kongresses möglich, der in seiner neuen Zusammensetzung der Jugoslawienhilfe vielleicht Schwierigkeiten bereiten könnte. Außer den USA sind noch Großbritannien und Griechenland direkt an der Jugoslawienhilfe beteiligt: Großbritannien durch die Gewährung eines ersten 3-Mill.-£-Kredits zum Ankauf von Lebensmitteln, „wo immer verfügbar“, und Griechenland durch Gewährung von freiem Transit über Saloniki für diese Transporte. Die Dringlichkeit dieser Lieferungen steht außer Frage. Bei den Bauern in den Dürregebieten sind nur noch für drei bis sechs Wochen Vorräte vorhanden. Nach Einbruch des Winters ist eine Belieferung vielfach erschwert, wenn nicht unmöglich, so daß die Regierung sich bereits jetzt gezwungen sieht, mit Lebensmitteltransporten dorthin zu beginnen.

Die Kaufkraftminderung in der Sowjetzone durch Preisüberhöhung und Qualitätsverschlechterung

Der vom DIW auf der Vergleichsbasis einer normal versorgten westdeutschen vierköpfigen Arbeiterfamilie durchgeführte Kaufkraftvergleich zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone hat ergeben, daß eine Haushaltung vom gleichen Typ in der Sowjetzone gegenwärtig mehr als das Doppelte ausgeben müßte, um die gleiche Lebenshaltung wie die westdeutsche Familie führen zu können. Die im Wochenbericht Nr. 50 veröffentlichten Zahlenunterlagen haben erkennen lassen, daß wohl der Kostenaufwand für die unterste Lebenshaltung in der Ostzone nicht höher als in Westdeutschland ist, daß jedoch alle Aufwendungen, die über das Existenzminimum hinausgehen, durchschnittlich das Dreifache¹⁾ kosten. Die dadurch eintretende Senkung der realen Kaufkraft in der Sowjetzone wirkt sich je nach dem Anteil der über das bloße Existenzminimum hinausragenden Lebenshaltung für die Einkommensbezieher verschieden stark aus.

Bei dem rechnerisch durchgeführten Kaufkraftvergleich für den ausgewählten Haushaltstyp entfielen in Westdeutschland von 318 DM Gesamtkosten der Lebenshaltung 149 DM auf den unbedingt lebensnotwendigen Bedarf und rd. 169 DM auf den elastischen Bedarf. Diesem letztgenannten Betrag entspricht jedoch in der sowjetischen Besatzungszone ein Kostenaufwand von rd. 502 DM-Ost. Das hieraus sich ergebende Verhältnis von 100:296 ist der Berechnung der im Diagramm veranschaulichten und in der Tabelle ausgewiesenen Kaufkraftrelationen der verschiedenen Einkommensschichten zugrunde gelegt. Die Berechnung geht von der vereinfachenden Unterstellung aus, daß der elastische Bedarf sich in seiner rela-

tiven Zusammensetzung in allen Einkommensschichten konstant verhält. In der Praxis werden sich natürlich Abweichungen von dieser Arbeitshypothese ergeben. Es können aber immer nur in ihrer Auswirkung unerhebliche Unterschiede zu den schematisch errechneten Daten sein. Deshalb wird man diese Hypothese wegen ihrer leichteren Überprüfbarkeit und der hohen Anschaulichkeit im Diagramm für die Aufhellung der tatsächlichen Kaufkraftverhältnisse bevorzugen.

Während in Westdeutschland jede einzelne DM Einkommen in allen Einkommensschichten die gleiche Kaufkraft hat, verliert die Ostmark mit zunehmendem Einkommen ständig an Wert, wenn es sich nicht um privilegierte Einkommen handelt, also um die Kaufkraft solcher begünstigter Einkommenssträger, die bewirtschaftete Ware zu erhöhten Anteilen oder gar in der Höhe des vollen Bedarfs — wie die Besatzungsmacht selbst — beziehen dürfen.

Die Kaufkraftschere

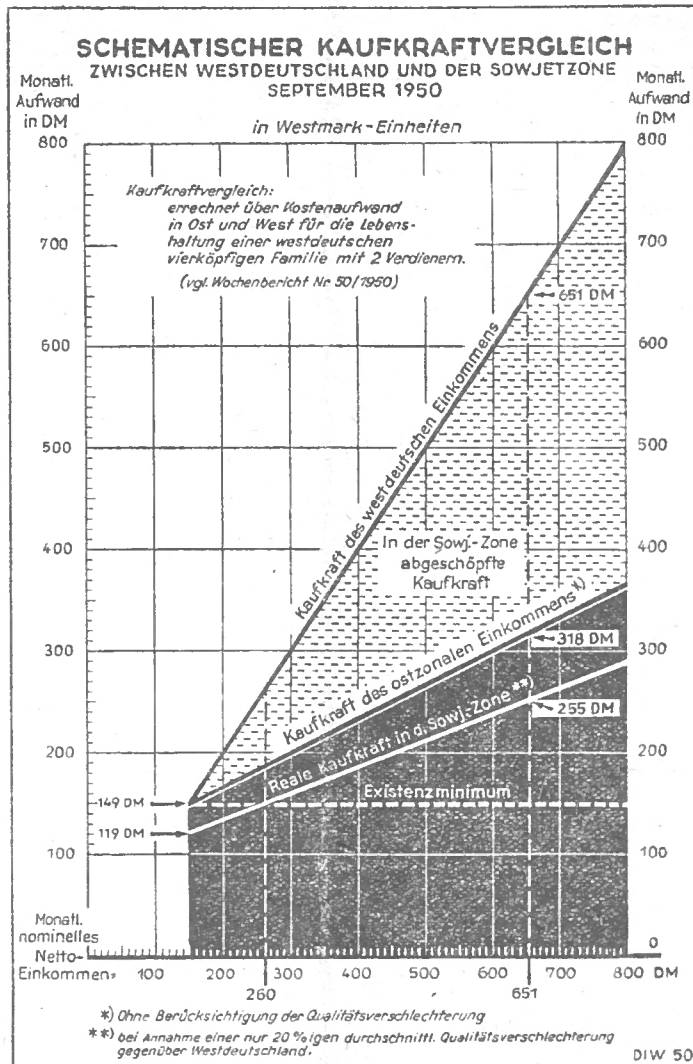
Der durchschnittliche Einkommensbezieher in der Ostzone ist aber von derartigen Begünstigungen ausgeschlossen. Für ihn gilt das zugrundegelegte Schema mit der ganzen Härte der Kaufkraftabschöpfung, die in dem Diagramm sichtbar wird.

Es ist aber nicht nur die nominelle Kaufkraft, die die Höhe der Lebenshaltung bestimmt. Schon in der Zwangswirtschaft des Krieges war es besonders der Qualitätsverfall, der die Lebenshaltung rasch absinken ließ. Im amtlichen Lebenshaltungskostenindex hat diese Tatsache nur einen sehr unvollkommenen Ausdruck gefunden. Während in Westdeutschland nach der Währungsreform die Qualitätsverschlechterungen schnell überwunden wurden, bestehen sie in der Ostzone nach wie vor. Ihr Ausmaß ist beträchtlich, doch es bestehen große statistisch-methodische Schwierigkeiten, dieses Ausmaß zahlenmäßig exakt zu bestimmen. Ein Ansatz von durchschnittlich mindestens 20 vH Gebrauchswert- oder Nutzungsminderung dürfte die Qualitätsverschlechterung nicht überschätzen.

Ausmaß der ostzonalen Kaufkraftminderung

Durch Berücksichtigung dieser durch die schlechten Qualitäten der Verbrauchsgüter verursachten Kaufkraftentwertung gewinnt man eine rechnerische Basis, die reale Kaufkraft der ostzonalen Einkommen zu messen. Danach benötigt eine vierköpfige Arbeiterfamilie in der Sowjetzone nicht weniger als 260 DM-Ost, um nur das angenommene Existenzminimum zu erreichen, das in Westdeutschland bereits

¹⁾ Dieses Kaufkraftverhältnis ist allerdings das Ergebnis eines im Verbraucherschema unterstellten Mengenverhältnisses der verschiedenen Aufwandsgruppen. Für einen Familientyp mit höheren als den angenommenen Bekleidungsleistungen ergäbe sich beispielsweise, da die Ueberpreise bei den Bekleidungsgegenständen in der Sowjetzone besonders hoch sind, eine wesentlich ungünstigere Kaufkraftrelation gegenüber den westdeutschen Verhältnissen. In einem anderen Falle könnte sich auch die Kaufkraft gegenüber der durchgeführten Berechnung etwas verbessern. Gegen jedes andere Mengenschema, das man einem Kaufkraftvergleich zugrunde legen könnte, wären aber die gleichen Einwände möglich. Die Brauchbarkeit eines Mengenschemas wird allein dadurch bestimmt, ob es normale Bedarfsverhältnisse repräsentiert. Das gilt auch dann, wenn deren natürliche Entfaltung lediglich durch eine anormale Preisbildung verhindert wird. Ein Warenkorbvergleich auf der Basis zeitbedingter Verbrauchsverhältnisse, die selbst das Resultat anormaler Preisverhältnisse sind, wäre genau so angreifbar, wie es ein auf einer solchen Basis berechneter Lebenshaltungskostenindex ist. In diesem Sinne verfügen die vom DIW durchgeführten Berechnungen gerade für einen Ost-West-Vergleich über eine ausreichende Repräsentation und sind ein geeigneter Ausgangspunkt für eine generalisierende Betrachtung der allgemeinen Kaufkraftverhältnisse.



mit 149 DM-West gedeckt werden kann. Ein Ausgleich für die durchschnittliche Qualitätsminderung bei den Zuteilungen kann immer nur über Zukäufe aus den preisüberhöhten HO-Geschäften erfolgen, und selbst diese HO-Waren halten in den seltensten Fällen einen Qualitätsvergleich mit westdeutscher Ware aus.

Die reale Kaufkraftminderung, die in der Ostzone gegenüber Westdeutschland bereits bei einem Familieneinkommen von 200 DM-Ost ein Drittel beträgt, verringert die Kaufkraft der Familieneinkommen zwischen 300 und 400 DM ungefähr um die Hälfte, und läßt sie bei den höheren Einkommen noch weit darüber hinaus absinken.

Mit dieser praktisch halbierten Lebenshaltung der breiten Massen bezahlt die Ostzonebevölkerung sowohl die schweren Tribute an die Besatzungsmacht als auch die schlechte Produktivität der Betriebe, und sie finanziert mit ihren Entbehrungen den forcierten industriellen Wiederaufbau der nach dem Kriege weitgehend demontierten Wirtschaft der Sowjetzone.

Die Kaufkraftreduzierung der ostzonalen Einkommen durch Preiserhöhung des elastischen Bedarfs und Qualitätsverschlechterung

Einkommen in DM-Ost	Existenzminimum	Elastischer Bedarf	Wert des elast. Bedarfs in DM-West ¹⁾	Unberichtigte reale Kaufkraft ²⁾		Berichtigte reale Kaufkraft ⁴⁾	
				DM-West	in vH ³⁾	DM-West	in vH ³⁾
200	149	51	17,20	168,20	83	133,00	66
280	149	111	37,50	186,50	72	149,20	57
300	149	151	51,00	200,00	67	160,00	53
400	149	251	84,80	233,80	58	187,00	47
500	149	351	118,60	267,60	54	214,10	43
600	149	451	152,40	301,40	50	241,10	40
650	149	501	169,40	318,40	49	254,70	39
700	149	551	186,20	335,20	48	268,10	38
800	149	651	219,90	368,90	46	285,10	37

1) Durchschnittliche Kaufkraftrelation 100 : 296.

2) vH des nominellen Ostmark-Einkommens.

3) Kaufkraft ohne Berücksichtigung der Qualitätsverschlechterung.

4) Kaufkraft mit Berücksichtigung einer 20 prozentigen Qualitätsverschlechterung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstraße 2. B234 ISB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1949					1950									
			Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Anzahl der Werktage:			27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	28	27	26	26
Bevölkerung																	
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E														
" " " " " " " "	DBR 1)	"	"	68736	"	"	69028	"	"	69183	"	"	69379	"	"	68881	"
" " " " " " " "	G-B	"	"	47446	"	"	47720	"	"	47887	"	"	49054	"	"	47559	"
" " " " " " " "	W-B	"	"	3285	3290	3297	3301	3308	3313	3316	3319	3322	3325	3327	3328	3328	3322
" " " " " " " "	O-B	"	"	2082	2085	2090	2093	2099	2103	2105	2107	2110	2114	2120	2123	2123	2142
" " " " " " " "	SBZ	"	"	1204	1205	1207	1207	1209	1210	1210	1209	1208	1208	1207	1206	1179	"
" " " " " " " "	"	"	"	18000	"	"	18000	"	"	18000	"	"	18000	"	"	18000	"
Bevölkerungsbewegung																	
Geburten 2)	DBR	auf 1000	"	16,5	16,7	15,5	15,4	15,5	15,9	17,1	17,5	16,5	16,7	16,1	15,4	15,1	"
" " " " " " " "	G-B	Einwohner	"	10,5	10,5	9,9	9,4	9,6	10,6	11,8	11,6	11,2	11,0	11,4	10,3	9,7	9,7
" " " " " " " "	W-B	berechnet	"	10,3	10,4	9,5	9,1	9,5	10,0	11,5	11,2	10,8	10,7	11,1	10,1	9,4	9,5
" " " " " " " "	O-B	"	"	11,0	10,6	10,7	10,0	9,9	11,5	12,3	12,2	11,9	11,6	11,9	10,7	10,2	9,9
Sterbefälle 3)	DBR	"	"	8,5	8,3	8,7	10,0	10,0	10,7	11,8	11,7	10,9	10,5	9,9	9,2	"	"
" " " " " " " "	G-B	"	"	11,0	10,1	11,1	12,8	12,4	13,5	14,2	13,5	13,1	12,4	12,2	11,3	11,4	11,3
" " " " " " " "	W-B	"	"	10,4	9,5	10,6	12,5	11,8	12,6	13,3	13,0	12,4	12,1	11,9	10,9	11,0	10,6
" " " " " " " "	O-B	"	"	11,9	11,1	12,1	13,4	13,4	15,1	15,8	14,3	14,3	12,9	12,8	11,9	12,0	12,5
Eheschließungen	DBR	"	"	9,1	10,7	12,1	10,8	10,8	5,7	9,0	7,2	11,7	13,7	9,0	10,2	10,2	"
" " " " " " " "	G-B	"	"	9,5	9,5	10,4	8,0	11,4	4,4	6,3	7,4	9,9	10,3	8,4	10,5	11,9	9,9
" " " " " " " "	W-B	"	"	9,7	9,5	9,9	7,7	10,3	4,3	5,8	7,1	9,0	9,8	8,0	9,7	9,9	9,6
" " " " " " " "	O-B	"	"	9,2	9,5	11,3	8,6	13,2	4,6	7,1	7,9	11,8	11,3	9,2	11,8	11,5	10,4
Einkommen																	
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	DBR	Mill. DM	S	866,2	873,5	865,7	890,8	924,5	885,4	816,3	914,4	868,1	943,7	958,3	968,5	1035,4	1043,9
Gehälter in der Industrie	"	1949 = 100	"	104,7	105,6	104,6	107,7	111,8	107,0	98,7	110,5	104,9	114,1	115,8	117,1	125,2	126,2
" " " " " " " "	"	Mill. DM	S	245,2	249,0	251,4	256,1	269,5	258,6	258,3	260,6	263,6	268,3	271,7	276,1	280,1	285,8
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	100,9	102,5	103,5	105,4	110,9	106,4	106,3	107,3	108,5	110,4	111,8	113,8	115,3	117,6
Eisenbahn																	
Personenverkehr																	
Beförderte Personen	DBR	Mill.	S	107	104	115,7	110,6	111,2	119,9	104,2	104,1	109,1	113,4	101,4	111,5	107,6	108,1
" " " " " " " "	VWG	1949 = 100	"	93,4	93,4	100,5	98,6	95,7	103,2	99,4	89,8	96,4	97,7	90,2	95,5	91,0	"
Personen-km	DBR	Mill.	"	2550	2445	2500	2237	2299	2299,2	2086,3	2231,1	2390,4	2573,6	2363,1	2890,0	2833,2	2612,1
Güterverkehr																	
Wagengestellung, arbeitstgl.	"	1000	TD	50,3	53,2	56,6	57,3	51,3	48,2	49,9	53,3	53,3	53,3	55,3	56,2	59,8	63,8
Beförderte Güter 4)	"	1000 t	S	18390	19320	20700	20910	18340	17556	16705	19794	16607	17018	17708	18795	20550	21403
" " " " " " " "	"	"	"	6910	6860	6990	7030	6375	6307	6336	6842	5628	5671	5742	6435	7208	"
Güterversand, arbeitstgl.	VWG	1949 = 100	"	94,2	98,7	106,8	109,7	96,4	91,7	93,3	93,9	97,6	95,8	93,2	93,2	104,1	"
Güterversd. nach West-Berlin	DBR	1000 t	"	204,2	156,8	151,6	203,1	184,7	152,6	130,8	105,1	86,2	69,5	74,6	105,5	120,9	151,2
Güterempf. aus West-Berlin	"	"	"	10,0	5,6	13,1	12,8	7,6	14,1	8,9	10,8	9,8	14,5	14,2	11,5	14,4	19,5
Nettotonnen-km	"	Mill.	"	3919,1	4068,1	4450,9	4392,5	4168,9	3735,5	3649,2	4236,4	3490,0	3402,8	3690,1	3842,1	4217,3	4310,4
Binnenschifffahrt																	
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen 5)	DBR	1000 t	S	7868,5	7351,9	6832,7	6519,4	6532,2	5899,2	5349,9	7290,7	7191,0	8378,1	8668,4	9579,2	10616,3	10111,4
" " " " " " " "	W-B	"	"	106,9	56,0	100,6	81,8	79,1	52,4	45,3	175,7	160,7	134,3	96,3	127,0	134,3	104,1
Beförderte Güter 6)	DBR	"	"	"	"	"	"	"	4344,6	3684,4	5238,4	5118,9	5985,6	6325,4	6815,5	7185,2	7226,7
Gel. Tonnen-km	"	Mill.	"	"	"	"	"	"	1008,2	835,0	1187,5	1193,6	1392,4	1420,4	1564,3	1731,7	1758,3
Seeschifffahrt																	
Güterumschlag, insgesamt	DBR	1000 t	S	2330	2233	2085	2122	2225	2199	1824	2043	1647	1943	2134	2437	2337	2711
" " " " " " " "	"	"	"	1974	1877	1763	1812	1938	1869	1589	1703	1347	1611	1777	2066	2375	2283
Post																	
Übermittelte Telegramme 7)	DBR	1949 = 100	S	104,1	104,5	103,1	102,8	112,5	86,9	81,6	99,2	110,6	103,2	113,5	122,2	"	"
Fernsprechnahverkehr	"	"	"	99,0	99,7	105,5	105,1	109,6	104,0	99,0	107,0	100,9	105,3	107,8	109,6	111,6	"
Fernsprechweitverkehr 8)	"	"	"	105,2	105,2	107,3	103,7	103,2	96,8	91,2	107,3	98,1	105,9	107,5	114,8	117,0	"
Beförderte Pakete 9)	"	"	"	90,4	96,1	106,9	133,0	167,7	101,6	102,3	130,0	110,5	116,5	113,0	113,9	120,0	131,2
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	140,4
Anzahl	"	"	"	98,3	99,2	110,8	120,8	138,3	123,3	123,3	146,7	140,0	143,3	128,6	121,2	128,6	"
Betrag	"	"	"	98,9	101,0	107,9	110,2	127,5	104,9	99,7	114,1	111,0	112,5	111,1	118,1	120,9	"
Straßenverkehr																	
Beförderte Personen																	
Straßenbahn	VWG	Mill.	S	245,8	251,7	258,7	261,6	275,5	275,6	258,7	269,1	259,9	266,3	255,2	254,8	257,6	"
" " " " " " " "	W-B	"	"	20,0	19,4	19,6	18,7	19,9	18,0	16,7	18,8	17,8	20,0	20,0	20,6	20,1	19,9
Omnibus	VWG	"	"	51,5	52,1	52,7	56,0	61,2	65,6	63,2	66,1	62,8	64,5	62,7	66,9	68,7	"
Omnibus u. Obus	W-B	"	"	3,4	3,0	3,2	3,1	3,5	4,3	4,1	4,7	4,7	5,3	5,3	5,7	5,7	5,1
U-Bahn	"	"	"	11,0	10,8	11,7	11,4	12,3	11,3	10,2	11,2	10,0	10,6	10,4	10,3	10,1	10,7
Einzelhandelsumsätze																	
Gesamter Einzelhandel	DBR	1949 = 100	S	91	99	105	106	153	89	89	102	103	105	98	110	110	116
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	97	98	101	98	137	89	90	99	100	96	95	106	100	103
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	60	99	114	119	175	86	92	113	116	136	109	124	135	140
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	92	109	112	114	158	90	86	95	95	98	99	113	121	137
Sonstiger Einzelhandel	"	"	"	92	95	98	104	156	93	88	102	98	93	91	101	107	108
Außenhandel 12)																	
Einfuhr, insgesamt	DBR 12)	Mill. DM	S	700,4	543,6	796,5	694,1	1186,7	966,6	708,3	822,6	747,5	678,2	790,5	948,5	864,3	1006,3
Ausfuhr, insgesamt	"	"	"	303,6	385,1	342,2	370,2	485,4	442,8	473,8	590,5	542,1	594,9	651,9	730,2	752,9	698,9
Einfuhr. (-) bzw. Ausfuhr. (+) Überschuf	"	"	"	-396,8	-208,5	-454,3	-323,9	-651,3	-523,8	-234,5	-232,1	-205,4	-83,3	-138,6	-218,3	-111,4	-307,4
Einfuhr:	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	-411,6
Lebensmittel und Getränke	"	"	"	326,7	264,6	278,6	388,4	617,0	503,3	324,3	423,6	317,1	291,4	302,8	427,3	399,8	472,2
Rohstoffe u. halbfertige Waren	"	"	"	252,4	225,7	257,3	239,6	405,2	365,8	304,6	328,7	296,5	391,5	419,1	353,8	404,6	572,0
Fertige Waren	"	"	"	121,3	53,3	60,6	66,1	114,5	97,5	79,4	96,4	101,7	90,3	96,2	102,1	110,7	129,5
Ausfuhr:	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	179,6
Lebensmittel und Getränke	"	"	"	2,4	2,0	9,0	15,9	17,3	9,4	11,6	11,8	13,4	8,3	8,4	10,2	12,0	10,0
Rohstoffe u. halbfertige Waren	"	"	"	142,7	161,8	150,4	169,2	212,6	189,5	183,7	219,3	193,8	193,1	230,9	259,8	258,7	245,4
Fertige Waren	"	"	"	158,5	171,3	182,8	185,1	255,5	243,9	278,5	359,4	344,9	387,5	412,6	460,2	443,5	623,5

*) D = Gesamtdeutschland, DBR = Deutsche Bundesrepublik, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone), SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — 1) Berichtete Zahlen. — Geschätzte und vorläufige Zahlen sind kursiv gesetzt.

1) Ohne Ausländer in Lagern. — 2) Lebendgeborene. — 3) ohne Totgeborene. — 4) Einschl. Weihnacht